

Inhaltsverzeichnis

Regionales

1. **Biotopschutzeinsätze Juli / August 2009**
2. **Aktionstag der biologischen Vielfalt am 09.08.2009**
3. **Pflanze des Monats**
4. **Neuntöter auf der Sandbeekswiese**
5. **Wieder Bäume in der Brut- und Setzzeit gefällt !**
6. **Streit um Gift-Belastung in der Oker (BZ vom 03.08.2009)**
7. **Schriftliches Urteil des OVG Niedersachsen zur Flughafenerweiterung liegt vor**
8. **Neue Freiwillige im Ökologischen Jahr**

Überregionales

1. **Bienen verhungern mitten im Sommer: Die Landschaft ernährt ihre Insekten nicht mehr (Netzwerk Blühende Landschaft)**
2. **München missachtet EU-Urteil zur Feinstaubbelastung (Pressenews der Deutschen Umwelthilfe)**

BUND-Wahlaufruf

Termine

Interessante Links

Sonstiges

Regionales

1. Biotopschutzeinsätze Juli 2009

Im Juli wurde ein Teil der Silbergrasflur gegrubbert, um die geschlossene Pflanzendecke aufzubrechen und damit eine Wiederbesiedlung mit Sandmager-Rasenpflanzen zu ermöglichen. Zudem haben wir eine Fläche auf dem Ösel vom Schlehenbewuchs frei geschnitten.



Biotopschutzeinsätze im August



Im August waren wir überwiegend auf der Sandbeekswiese. Wir haben den Zaun auf der Sandbeekswiese um die Weiden für die Galloway-Rinder repariert. Einige von ihnen versuchten wieder die Weide zu verlassen. Weiter wurden die E-Zäune freigemäht, damit der Strom nicht unnötig geerdet wird. Außerdem mähten wir unter den Weiden und entlang der Zäune, weil die Bäuerin Bosse mit ihrem Großgerät diese Wiesenteile nicht erreichen kann. Der Kriechweidenbestand wurde mit einem Sicherungsband versehen, damit er nicht versehentlich der Mahd zum Opfer fällt. Am 15. 08. wollte sie dann einen Teil der Wiese schon mähen.

♣ Biotopschutz jeden Freitag

Im September: 04.09, 11.09, 18.09, 25.09.

- ♣ Treffen zum Biotopschutz jeweils 13:45 Uhr im BUND-Büro, Schunterstraße 17 oder direkt vor Ort. Ihr könnt auch gerne später dazustoßen. Wir freuen uns auf Euch. Detailinformationen und Anmeldung zur Bildung von Fahrgemeinschaften unter 0531 – 15599 oder info@bund-bs.de

2. Aktionstag zur biologischen Vielfalt am Dowesee



Am 09. August 2009 war es soweit: Anlässlich des 90. Geburtstags des Schul- und Bürgergartens fand ein Aktionstag zur biologischen Vielfalt statt.

Zahlreiche Vereine, wie z.B. FEMO, das Waldforum Riddagshausen oder die AG-Streuobst lockten die Besucher mit abwechslungsreichen Aktionen zum Naturerleben. Der Naturerlebnispfad oder das Untersuchen am Mikroskop und nicht zuletzt natürlich das Erleben und Ausruhen im liebevoll gestalteten Garten versprachen ein Fest für alle Sinne.

Natürlich war auch der BUND mit einem Informationsstand vertreten. Die Besucher zeigten ein reges Interesse an unserer Arbeit und nahmen u.a. unsere CD mit der Broschüre und einer Powerpointpräsentation zum Biotopschutz in Braunschweig oder diverse Flyer und Informationsbroschüren gerne mit.

Die „Kleinen“, aber auch die „Großen“ hatten großen Spaß mit unserem „Schmetterlingsspiel“ oder unserem „Kinderquiz“ rund um die Wiese und holten sich einen Stempel für ihre Überraschung am Schluss.

Die Natur braucht Freunde und hat sie an diesem Tag reichlich bekommen. Wir bedanken uns herzlich für Ihr Interesse am BUND und der natürlichen Artenvielfalt!



3. Pflanze des Monats

Echter Buchweizen

(*Fagopyrum esculentum*)

Der Buchweizen gehört zur Familie der Knöterichgewächse. Verwandte des Buchweizens sind zum Beispiel Sauerampfer und Rhabarber, nicht jedoch der Weizen.

Der Name kommt von der Bucheckern-Form der Samen und von der Nutzung dieser Samen als Getreide, auch wenn der Buchweizen keine Ähnlichkeit mit Getreide oder Gräsern hat.

Der Buchweizen gilt generell als wertvolles Nahrungsmittel mit viel Eiweiß und Stärke. Da Buchweizen glutenfrei ist, kann er als Diätahrung bei Zöliakie, bzw. Sprue oder glutensensitiver Enteropathie verwendet werden.

Im Anbau stellt Buchweizen wenig Ansprüche an den Boden und gedeiht auch in sonst ziemlich unfruchtbaren Heide- und Moorgegenden.

Blüten und Kraut des Buchweizens enthalten Rutoside, die bei Venenleiden medizinische Verwendung finden. Entdeckt wurde diese Buchweizen-Eigenschaft erst in den 1970ern. Damit ist

der Buchweizen eine der neuesten Heilpflanzen und war Arzneipflanze des Jahres 1999.



4. Neuntöter auf der Sandbeekswiese

Der Neuntöter (*Lanius collurio*) beide Fotos: Frank Müller



Frank Müller entdeckte bei einem Pflegeeinsatz auf der Sandbeekswiese im August 09 eine aufgespießte Maus und eine Heuschrecke. Kurze Zeit später zeigte sich der „Verantwortliche“. Ein Neuntöter beschwerte sich über unsere Anwesenheit.

Der Neuntöter, auch Rotrückenwürger genannt, stammt aus der Familie der Würger (*Laniidae*). Er ist vor allem durch sein Verhalten bekannt, Beutetiere auf Dornen aufzuspießen. Als Warten zum Revierbeobachten, Brüten und Jagen benötigt er mittelhohe Sträucher. Dornsträucher wie Schlehen

oder Weißdorn werden hierbei bevorzugt.

Zu seinen Beutetieren gehören vor allem Großinsekten, aber auch kleine Säuger (vor allem Mäuse) und kleine Vögel. Er verfügt über ein umfassendes Repertoire an Jagdtechniken; die Lauerjagd auf größere Insekten macht dabei den größten Teil aus.

Bei schlechterer Witterung, z.B. bei mehreren Regentagen, legt er Vorräte an, in dem er kleine Wirbeltiere aber auch größere Insekten auf ein Dornen, Stachel oder Stacheldraht von Weidezäunen spießt. Zum Teil wird das Spießen auch zum Teilen größerer Beutestücke benutzt. Der Neuntöter besiedelt gerne heckenreiches Grün- und Weideland, Feuchtbrachen oder Obstgärten. Somit hat er auf der Sandbeekswiese ein ideales Revier gefunden. In unserer heutigen Kulturlandschaft findet man



den Neuntöter ansonsten oft nur noch in geeigneten Randgebieten, wie z. B. auf brachliegenden, verbuschenden Flächen. Sein Name stammt aus dem irrigen Volksglauben, er würde erst neun Beutetiere aufspießen bevor er sie verspeist.

5. Wieder Bäume in der Brut- und Setzzeit gefällt

Quelle: unser-braunschweig.de . Autorin: Brigitte Süßner-Greve



Titel: Wieder Bäume in der Brut- und Setzzeit gefällt
Mit dem heutigen Tage geht die Brut- und Setzzeit zu Ende. Vor ca. drei Wochen, im Innenhof des Heimes Feuerbachstraße der Stiftung St. Thomaehof, wüteten ab dem 24. Juni für drei Tage die Kreissägen. Sechs völlig gesunde 100 jährige Buchen wurden gefällt, die dem Hof einen parkähnlichen Charakter gaben. Der Grund für die Abholzmaßnahme: Bei einigen Bäumen hätten Äste abzufallen gedroht und außerdem hätten sich schon seit Jahren einige (ca. 3) Mieter über die Beschattung beschwert. Die herbeigerufene

Polizeistreife konnte kurzfristig die Abholzerei stoppen, immerhin gilt bis zum 15. Juli die Brut- und Setzzeit, in der Bäume nicht gefällt werden dürfen; nur, das generelle Verbot von Rodungen in dieser Zeit bezieht sich nur auf Bäume außerhalb geschlossener Ortschaften. Vor 21 Jahren konnten diese Bäume durch die Eigentümer der Bernerstraße noch gerettet werden, da damals eine Baumschutzsatzung galt. Per Gerichtsbeschluss mussten die Verantwortlichen der Stiftung St. Thomaehof ihren Plan, die Bäume abzuholzen und Parkplätze anzulegen, aufgeben. Zusätzlich wandten sich damals auch die informierte Braunschweiger Zeitung und der Stadtrat gegen diese Abholzung.

Innerhalb der Stadt half eine stadteigene Baumschutzsatzung die Bäume und damit ihre wichtige Funktion für die Reinhaltung der Luft zu schützen. Aber seit dem Fall der Verordnung im Jahr 2002 wird ohne jegliche Rücksichtnahme auf Natur und Umwelt gefällt. Die Äußerung des herbeigerufenen Firmenchefs der ‚Landschaft- und Gartenbau‘ Unternehmung spricht für sich: „Wie-so soll ich Rücksicht nehmen? Die Stadt hat doch im Schlosspark auch mitten in der Brut- und Setzzeit abholzen lassen“.



Wir brauchen dringend wieder eine Baumschutzsatzung!

Der folgende Bericht aus der Braunschweiger Zeitung bezieht sich auf den *Entwurf einer Stellungnahme zur EG-Wasserrahmenrichtlinie* von Robert Slawski, über den wir im BUND-Brief April berichteten.

Erschienen in der Braunschweiger Zeitung vom Montag, den 03. August 2009

Streit um Gift-Belastung in der Oker

Braunschweiger Bund für Umwelt und Naturschutz widerspricht Landesregierung und drängt auf schnelle Reinigung von Wasser und Auen

Von Jörn Stachura

Der Braunschweiger Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) schlägt Alarm: Soll die Oker wieder zu einem sauberen Fluss werden, müsse jetzt gehandelt werden. Doch Land und Stadt zeigten kein Interesse.

Braunschweiger Zeitung
03.08.2009

Die Oker als Büchse der Pandora. Wer am Ufer gräbt, darf sicher sein, im Sondermüll zu graben. 2007 ging es Zollern BHW so. Die Erweiterung des hochspezialisierten Metall-Betriebs in Melverode sorgte dafür, dass lastwagenweise Uferboden als Sondermüll verbrannt werden musste.

Eine Altlast? Seit mehr als 2000 Jahren wird im Harz Bergbau betrieben. Schon im Jahr 1822 berichten Chronisten von Kühen, die tot umfielen, weil sie Wasser aus der Innerste getrunken und am Ufer geweidet hatten. Die Industrielle Revolution am Harzrand sorgte später nicht nur dafür, dass die verarbeiteten Erzmengen und die Wasserbelastungen zunahmen, sondern auch die Braunschweiger Flusskrebse aus der Oker verschwanden.

Und die Oker heute? Die Wasserqualität, so hört man, die habe sich deutlich gebessert. Die Belastung mit Phosphat und Stickstoff sinkt zum Beispiel. Die rührigen Mitglieder der Aller-Oker-Lachsgemeinschaft geben sich seit Jahren die größte Mühe, den Lachs dort wieder heimisch zu machen. Ein positiver Trend.

Und so sollte es eigentlich ein Leichtes sein, die Ziele der EU zu begrüßen. Die will, dass bis zum Jahr 2015, spätestens bis ins Jahr 2021, überall in Europa halbwegs saubere Flüsse fließen. Der Anspruch lautet: Ein guter ökologischer Zustand soll Europas Flüsse auszeichnen.

Doch was das Land Niedersachsen bezüglich der Oker als Stellungnahme nach Brüssel schicken will, das liest sich ganz anders. Dort heißt es: „In einigen Fällen werden auch die längeren Fristen nicht ausreichen, den guten Zustand im Rahmen verhältnismäßiger Mittel zu erreichen. Dies trifft im Wesentlichen auf einige der mit Schwermetallen belasteten Harzvorland-Gewässer zu, für die bereits zum jetzigen Zeitpunkt weniger strenge Umweltziele definiert werden mussten.“ Betroffen seien: Leine, Innerste und die

Oker. Doch die Eurokraten sollen sich nicht grämen: Diese Ausnahme-regel will das Land nur für 1 Prozent der niedersächsischen Flüsse.

Und was will die Okerstadt Braunschweig? Als das Vorhaben der EU bekannt wurde, teilte im April 2004 Dezernent Wolfgang Zwafelink dem Bauausschuss mit: „Zur effektiven Informationsverbreitung und Vorbereitung von koordinierten fachlichen Stellungnahmen zur Bestandserhebung und den darauf basierenden Maßnahmenprogrammen ist die Kooperation der betroffenen Akteure sinnvoll und notwendig.“ Es wurde daraufhin mit Anlieger-Kommunen und Interessenverbänden die Arbeitsgemeinschaft Oker gegründet.

Ergebnis der fünfjährigen Arbeit, so die Pressestelle auf Anfrage jetzt: „Die Stadt hat die niedersächsischen Beiträge zu Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen im Auftrag des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) öffentlich ausgelegt. Die Stadt war nicht zu einer Stellungnahme aufgefordert worden und hat aufgrund der allgemein gehaltenen Ziele und Maßnahmen auch keinen Anlass dazu gesehen.“

Beim BUND Braunschweig teilt man diese Ansicht nicht. Robert Slawski, der die BUND-Stellungnahme formuliert hat, meint: „Im Klartext bedeutet dies: Die Landesregierung geht davon aus, dass die Anforderung der Wasserrahmenrichtlinie für die Oker, nämlich ein ‚guter ökologischer Zustand‘, weder 2015, noch 2021, noch 2027, also praktisch gar nicht, zu erreichen ist.“

Was nicht einfach nur schade sei, sondern die Probleme der Oker und der Okerauen noch vergrößerten. Slawski ist der Ansicht: „Wir haben

es hier nicht nur mit Altlasten zu tun.“ Zwar sei der Bergbau Vergangenheit, doch die Belastung der Oker mit Schwermetallen dauere an. Die Mess-Stationen entlang der

Oker bewiesen dies. Besonders tückisch sei die Cadmium-Belastung des Okerwassers.

Ein Gramm des Schwermetalls reiche aus, einen Menschen zu töten. Slawski: „Jedes Jahr fließen in der Oker rund

300 Kilo Cadmium und tonnenweise Zink an Braunschweig vorbei.“

Doch nicht nur vorbei: „Bei Hochwasser schlagen sich die Schwermetalle in den Okerauen nieder. Die Wasserbelastung der Oker sorgt dafür, dass die Belastung der Okerufer mit der Zeit nicht kleiner, sondern größer wird. Abwarten und Nichtstun, wie es das Land offenbar will, ist also kontraproduktiv.“ Die Okerauen im Stadtgebiet würden obendrein noch als Weiden benutzt und Heu zum Verfüttern auf ihnen geerntet. Slawski: „Was sich nach einem Hochwasser in den Okerauen niederschlägt, ist hochgiftiger Sondermüll.“

Die Belastung des Okerwassers zu verringern, sei keine Kunst, behauptet Slawski. Er verweist auf einen im Jahr 2002 erstellten Gewässergüterbericht des Landes Niedersachsen. Dort heißt es: „Eine Untersuchung des Institutes für Geowissenschaften der Technischen Universität Braunschweig hat ergeben, dass das Haupteintragsgebiet der Schwermetalle in die Oker in dem Bereich zwischen dem Waldhaus und dem nördlichen Ortsrand von Goslar/Oker liegt, also im Raum Goslar/Oker. Die Belastung geht von dem zwischen diesen beiden Punkten liegenden Haldengebiet aus.“

Slawski sagt: „Das Problem ist also bekannt. Doch getan hat sich praktisch nichts. Bis heute werden

die Schwermetalle weiter aus den oberirdischen Halden ausgewaschen und fließen in die Oker.“ Unterhalb der Halden wächst die Hallersche Grasnelke. Eine Pflanzen-Mutation, die nur dort vorkommt, wo Schwermetalle in großer Menge im Boden zu finden sind.

In der BUND-Stellungnahme wird darum als Sofortmaßnahme zur „Gefahrenabwehr“ gefordert, die Eintragspfade der Schwermetalle aus den Halden in Goslar, besonders aus denen im Ortsteil Oker, zu blockieren.

Außerdem dürfe man sich mit dem Ist-Zustand nicht abfinden, sondern müsse das Gefahrenpotenzial erforschen. Wissenschaftler müssten sich auch mit der Frage beschäftigen, wie sich die Belastung im Boden senken lasse.

Slawski räumt ein, dass dies teuer werden könne. Er sagt aber auch: „Angesichts der außergewöhnlich großen Probleme müssen Bundesregierung und EU finanzielle Unterstützung leisten.“

Die scheinbar teilnahmslose Haltung der Braunschweiger Stadtverwaltung will Slawski nicht überbewerten wissen: „Braunschweig ist zweitgrößte Stadt Niedersachsens. Entsprechend groß ist der Einfluss auf die Landesregierung. Außerdem muss das Land erst Anfang 2010 seine Vorschläge der EU präsentieren. Noch ist Zeit genug, sich für die Rettung der Oker einzusetzen.“

(Bei diesem eingescannten Artikel wurde aus Platzgründen das Foto entfernt)

7. Das schriftliche Urteil des OVG zum Flughafenausbau Braunschweig-Wolfsburg liegt vor

Es sieht wirklich nicht gut aus für die Jahrhunderte alten Bäume, Spechte und den Rotmilan: Das OVG hat sich nun auch schriftlich für die geplante Start- und Landebahnverlängerung im Flughafen Braunschweig-Wolfsburg ausgesprochen.

Es war eigentlich nicht anders zu erwarten: Wieder einmal werden wirtschaftliche Interessen und die in keiner Weise gesicherte Schaffung von Arbeitsplätzen den Belangen des Naturschutzes übergeordnet. Im Richterspruch des OLG LG wird die die Änderung der Schutzbestimmungen wie folgt gerechtfertigt: *„Die FHH-Richtlinie soll den Mitgliedsstaaten einen Anreiz zur Ausweisung von Schutzgebieten bieten und eröffnet ihnen die Möglichkeit, sich von dem strengeren Schutzstandard der Vogelschutz-Richtlinie zu lösen und [...] wichtige Infrastrukturvorhaben aus zwingenden Gründen des überwiegend öffentlichen Interesses [...] trotz negativer Ergebnisse der Verträglichkeitsprüfung zuzulassen [...]“*.

Es ist überaus deutlich, welcher Teil des öffentlichen Interesses hier gemeint ist, nämlich das der „Stadt der Wissenschaft 2007“ und einer einflussreichen Lobby, die sich in Zeiten der Wirtschaftskrise geschickt mit dem Totschlagargument „Arbeitsplatzsicherung“ wichtig zu machen weiß.

Das traurige Gesamturteil kann man nachlesen unter <http://www.dbovg.niedersachsen.de/Entscheidung>

Es ist trotzdem noch nicht zu spät! Damit der NABU Braunschweig seine Revisionsklage gegen das Urteil aufrechterhalten kann, benötigt er noch (Stand 21.08.2009) 13.234 Euro zur Deckung aktueller und anstehender Gerichtskosten.

Bitte unterstützen Sie die Rettung des Querumer Forst mit einer Spende auf das

Sonderspendenkonto für den Erhalt des Querumer Waldes:
NABU Braunschweig
Nord LB
BLZ 250 500 00
Kto.-Nr. 150 501 369

8. Neue Freiwillige im Ökologischen Jahr

Seit dem 01.08.2009 bereichert Vanessa Hoffmann, „unsere“ neue Freiwillige im Ökologischen Jahr, das BUND-Büro. Sie ist 19 Jahre alt. Vanessa spielt gerne Gitarre und Bass und engagiert sich außerdem noch bei der Grünen Jugend.

Vanessa wird künftig mit Frau Sievers-Altermann, einer Lehrkraft des Gymnasiums Martino-Katharineum dort die Öko-AG „Bio-Outdoor“ leiten.

Mit Bettina Mohr ist das Team der „Ökis“ ab dem 01.09.2009 dann komplett. Eine kleine Vorstellung können Sie in der September-Ausgabe lesen.



Die Landschaft ernährt ihre Insekten nicht mehr

Quelle: Netzwerk blühende Landschaft <http://bluehende-landschaft.de/>

Mitte Juni bekamen wir im BUND-Büro Meldungen, über vermehrte Funde toter Insekten (Hummeln, Bienen) im Bereich des Nussbergs. Zunächst waren wir überrascht. Aber womöglich deckt sich diese Beobachtung mit dem unten stehenden Artikel.



Netzwerk Blühende Landschaft

Imker und Wissenschaftler schlagen erneut Alarm: Honigbienen verhungern mitten im Sommer. Die Landschaft ernährt ihre Insekten nicht mehr.

Küpfendorf-Steinheim, Darmstadt, Rosenfeld, 05. Aug. 2009

Die Honigbienen in Deutschland leiden mitten im Sommer an Futtermangel und würden verhungern, wenn sie nicht vom Imker mit Zuckerwasser am Leben erhalten würden. Der Futtermangel in der Natur ist dramatisch“ erklärt Imkermeister Günter Friedmann, Sprecher der biodynamischen Demeter Imker, Träger des Förderpreises ökologischer Landbau und Mitbegründer des Netzwerks Blühende Landschaft. Beobachtungen an seinen eigenen Bienenvölkern und beunruhigende Meldungen von Imkerkollegen aus ganz Deutschland, veranlassen ihn, jetzt einen Alarmruf zu starten.. „Wenn nicht rasch ein Umdenken und ein neues Handeln in der Landwirtschaft erfolgt, werden wir stumme Sommer erleben - und sehen, dass die Bienen für die Bestäubung und damit auch für die Ernten unersetzlich sind“.

Friedmann ist seit 30 Jahren Berufsimker, aber „mit einer solchen Situation wurde ich noch nie konfrontiert“ betont er, „obwohl sich diese Entwicklung eigentlich seit mehreren Jahren anbahnt und auch zu den Bienenverlusten der letzten Jahre beigetragen hat“. Nach der Rapsblüte, Mitte bis Ende Mai, beginnt für die Bienen in vielen Regionen Deutschlands eine Zeit des Mangels und oft auch des Hungerns. Gerade in den Jahren, in denen es aus dem Wald keinen Honig zu gewinnen gibt, wird deutlich, dass auf den Feldern und Wiesen mittlerweile zu wenig blüht, um den Insekten ausreichend Nahrung zu bieten.

Verantwortlich für diesen Zustand ist nach Ansicht von Friedmann die sich immer weiter beschleunigende Intensivierung der Landwirtschaft. Insbesondere der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und die Gewinnung von Biogas wirken sich besonders dramatisch aus. In vielen Regionen dominiere zudem der Maisanbau und die Wiesen werden zur Gewinnung von Silage jeweils vor der Blüte so oft gemäht, dass dort für blütenbesuchende Insekten nichts mehr zu holen ist.

Viel schlechter als den Honigbienen geht es Wildbienen und Schmetterlingen, deren Lobby zu klein sei. Direkt abhängig von den Insekten ist die Vogelwelt, die seit langem starke Rückgänge der Bestände verzeichnet. Imker Friedmann befürchtet für die Zukunft „stumme Sommer“.

Bestärkt wird er in dieser Ansicht von den Forschungen der Bienenwissenschaft. Professor Dr. Jürgen Tautz vom Biozentrum der Universität Würzburg bestätigt, dass sich sowohl durch die fehlende Menge als auch durch die mangelnde Vielfalt des noch vorhandenen Blütenangebotes die Fitness der Völker der Honigbienen zum Teil drastisch verschlechtert hat und „ein zu geringes und zu einseitiges Blütenangebot zur Schwächung und im Extremfall zum Zusammenbruch der Bienenvölker führt“.

Netzwerk Blühende Landschaft

Koordination Holger Loritz
info@bluehende-landschaft.de

Fax +49 (0)3212 1096988
www.bluehende-landschaft.de

Die Imker bringen Verständnis für die schwierige Situation der Landwirtschaft auf. Aber es sei „, doch eine absurde Situation, dass z.B. die Bauern immer größere Mengen an Milch zu immer niedrigen Milchpreisen produzieren müssen, und dass dadurch unsere Bienen verhungern“ so Friedmann. In dieser Situation ist die Politik gefordert, die steuernd eingreifen muss, damit die Entwicklung sowohl den Landwirten, als auch grundlegenden Bedürfnissen der Menschen und der Natur gerecht werden kann.

2. München missachtet EU-Urteil zur Feinstaubbelastung (Pressemitteilung der Deutschen Umwelthilfe vom 11.08.2009)

Ihr erinnert euch an die Diskussion im letzten Jahr zum für oder wider einer Umweltzone in BS. Unten stehend ein Artikel aus München der DUH zu diesem Thema.

Pressemitteilung

11.08.2009, 11:34 Uhr

Deutsche Umwelthilfe fordert Ausdehnung der Umweltzone auf die Landshuter Allee – Weiterhin zu hohe Feinstaubbelastung in der Landshuter Allee – Grenzwerte für Schadstoffbelastung durch Dieselruß und verkehrsbedingten Feinstaub mehrfach überschritten – Stadt München missachtet Urteil des Europäischen Gerichtshofs – Stadt und Behörden unterlassen Gesundheitsschutz der Bevölkerung

Berlin, 11. August 2009: Die Landshuter Allee in München ist auch in diesem Jahr eine der am stärksten mit Feinstaub belasteten Straßen Deutschlands. Der zulässige Grenzwert für Dieselruß und andere verkehrsbedingte Feinpartikel wurde nach den vom Umweltbundesamt veröffentlichten Messungen an mehr als 35 Tagen überschritten. Damit hätte die Stadt München laut EU-Recht längst einschreiten müssen und kurzfristige Maßnahmen zur Schadstoffminderung beschließen und umsetzen müssen. Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) fordert daher von der Stadt München die kurzfristige Ausdehnung der Umweltzone auf die Landshuter Allee und unterstützt einen Anwohner der Landshuter Allee, der Oberbürgermeister Christian Ude in einem heute versendeten Brief hierzu formal auffordert. Bisher endet die Umweltzone unmittelbar vor der Landshuter Allee, die Teil des Mittleren Rings in München ist. In einem weiteren Schreiben an die Regierung von Oberbayern wird beantragt, den Luftreinhalteplan der Stadt entsprechend zu ändern. Sollte der Luftreinhalteplan nicht geändert werden, fordert die DUH die zeitliche Sperrung der Landshuter Allee für den Straßenverkehr. „*Ein Anwohner der Landshuter Allee hat beim Europäischen Gerichtshof das Recht auf saubere Luft erwirkt, allein die Stadt München schert sich nicht darum*“, sagte Jürgen Resch, DUH-Bundesgeschäftsführer. Resch nannte das Verhalten der Münchner Politik und Behörden „*unverantwortlich*“ und erinnerte daran, dass laut Weltgesundheitsorganisation bis zu 70.000 vorzeitige Todesfälle allein in Deutschland durch Feinstaub verursacht werden. Resch forderte die Stadt daher ebenfalls auf, „*offensiver als bisher für die Nachrüstung mit Dieselfiltern*“ zu werben. Bis Ende des Jahres bekommen Halter von Dieselfahrzeugen 330 Euro vom Staat als Förderung bar erstattet.

„*Die Stadt München verstößt gegen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Das Gericht hat entschieden, dass die Städte alle zumutbaren Maßnahmen ergreifen müssen, um so schnell wie möglich wieder zu einer Einhaltung der Grenzwerte zu gelangen. Es ist unerträglich, wenn die Landshuter Allee über ein Jahr nach der Urteilsverkündung immer noch nicht zur Umweltzone Münchens zählt. Ebenso unverständlich ist es, dass die in der Innenstadt Münchens geltende Umweltzone deutlich zurückhaltender mit Fahrverboten umgeht als die weniger von Schadstoffen betroffenen Städte Hannover und Berlin*“, sagte Dr. Remo Klinger, DUH-Prozessbevollmächtigter und Rechtsanwalt der Berliner Kanzlei Geulen & Klinger. Klinger hatte 2008 das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für einen Münchner Bürger geführt und vertritt nun einen weiteren Anwohner der Landshuter Allee. Sollte die Stadt München und/oder die Regierung von Oberbayern nicht auf die Anträge eingehen, kündigte Klinger Klage an. Er setzte den Behörden eine Frist von sechs Wochen zur Bearbeitung der Anträge.

Für Rückfragen:

Jürgen Resch

Bundesgeschäftsführer, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin;

Tel: 01713649170, resch@duh.de

Dr. Remo Klinger

Rechtsanwaltskanzlei Geulen & Klinger, Schaperstraße 15, 10719 Berlin

Tel. 030-88472-80, klinger@geulen.com

Ulrike Fokken

Sprecherin Politik & Presse, Deutsche Umwelthilfe e.V., Hackescher Markt 4, 10178 Berlin

Tel.: 030-24 00 867-86, 0151 – 55 01 70 09, fokken@duh.de

Weitere Infos unter <http://www.duh.de/>

4. BUND -Wahlaufruf

Bundestagswahl 2009 - Vor Ort einmischen!

Der Wahlkampf wird nicht allein auf bundespolitischer Bühne in Berlin ausgetragen. 1.50 DirektkandidatInnen stellen sich vor Ort zur Wahl und müssen um Stimmen kämpfen. Ihre Chance sich als BUND in den Wahlkampf einzumischen:

BUND-KandidatInnencheck:

Seit Ende Juni ist der BUND-KandidatInnencheck auf www.bund.net online. Mit ihm können die KandidatInnen auf Ihre Umweltverträglichkeit hin überprüft werden. Informieren Sie sich, wie es um Ihre/n KandidatIn bestellt ist. Binden Sie die Ergebnisse Ihres Wahlkreises auf Ihrer Internetseite ein und informieren Sie die Presse. Und unsere Braunschweiger Kandidaten mit Chancen auf ein Direktmandat? Carsten Müller (CDU) ist gegen den geplanten Ausstieg aus der Atomkraftnutzung, er ist für den Neubau von Kohlekraftwerken und setzt auch Gentechnik in der Landwirtschaft. Frau Dr. Reimann will am Ausstieg aus der Atomkraft festhalten, ist für den Neubau von Kohlekraftwerken. Den Einsatz der Gentechnik lehnt sie in der Nahrungsmittelproduktion ab, hingegen zur Optimierung von NON-FOOD-Pflanzen sieht sie Möglichkeiten.

Mischen Sie sich vor Ort ein:

Schreiben Sie Ihren DirektkandidatInnen per Brief oder E-Mail, wenn sie sich noch nicht am KandidatInnencheck beteiligt haben oder sich mit ihren Antworten gegen Umweltinteressen stellen. Beziehen Sie auf Wahlkampfveranstaltungen der Parteien Stellung und konfrontieren Sie die DirektkandidatInnen mit den BUND-Kernforderungen und eigenen umweltpolitischen Fragen. Laden Sie selbst zu Podiumsdiskussionen ein oder organisieren Sie Infostände. Wir unterstützen Sie mit dem **Bundewahlpaket**, Hintergrundinformationen und Vorlagen.

Nutzen Sie für Ihre Internetseite - iPhone/Online-Spiel und BUND-Wahlfilm:

Unkonventionell und humorvoll - mit dem Spiel "Schütze dein Atomkraftwerk" für iPhone und Internet-seiten sowie dem BUND-Wahlfilm sprechen Sie insbesondere junge Menschen an. Binden Sie beides auf Ihrer Internetseite ein. In der Rubrik **Mitmachen/Bundestagswahl 2009** finden Sie alle Aktionsangebote mit Beschreibung und Anleitung sowie Materialien und weitere Informationen zum Bundestagswahlkampf des BUND.

5. Die 10 Kernforderungen des BUND zur Bundestagswahl

Falls Sie auch zu Wählern gehören, die nicht wissen, wen sie im großen „Parteisalat“ noch wählen sollen, könnten die Kernforderungen des BUND eine Entscheidungshilfe sein:

1. Für eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung

Wir fordern mehr erneuerbare Energien und sagen Nein zu Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken und Neubau von Kohlekraftwerken. Deutschland soll sich bis 2020 auf eine CO₂-Reduzierung von 40 % verpflichten.

2. Für mehr Mobilität mit weniger Verkehr

Eine Politik, die sich für weniger Autoverkehr, weniger Lärm und Schadstoffe und für mehr Fahrradwege, Grünflächen und weniger Flächenverbrauch einsetzt, macht eine Stadt lebenswerter und schützt vor der Zersiedelung. Öffentliche Verkehrsmittel sollen Vorrang vor Straßenbau haben.

3. Für den Abbau umweltschädlicher Subventionen

Zahlreiche Subventionen schaden der Umwelt, schaden den öffentlichen Haushalten und sind unsozial. Deshalb fordert der BUND:

- keine Steuerbegünstigungen von Dienst- und Firmenwagen mehr
- Atombrennstoff Uran, Flugbenzin und Schiffstreibstoffe sollen nicht länger steuerfrei sein
- Die Pendlerpauschale, die Besserverdienende begünstigt und den Verkehr begünstigt soll durch eine sozial begründete Pendlerzulage ersetzt werden
- Keine staatlichen Bürgschaften für Großprojekte im Ausland mehr, da sie zur Naturzerstörung beitragen

4. Für zukunftsfähige Arbeitsplätze

Umweltschutz ist ein Jobmotor durch z.B. Programme zur energetischen Gebäudesanierung, Förderung des ökologischen Landbaus. Politik kann zur Bewältigung der Wirtschaftskrise beitragen, in dem naturverträgliche und ressourcenschonende Unternehmen gefördert werden, anstatt überholte Strukturen zu subventionieren.

5. Für mehr Schutz von VerbraucherInnen

Schutz der VerbraucherInnen vor Gesundheitsschädigungen und anderen Gefahren statt Unternehmen vor Verbrauchern. Dazu gehört auch eine Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten und mit Pestiziden und Schadstoffen belasteten Lebensmitteln und Gefahrstoffen in Alltagsprodukten.

6. Für eine nachhaltige Landwirtschaft

Die Überproduktion von Lebensmitteln schadet Mensch und Natur. Wir fordern eine Stärkung des ökologischen Landbaus und einer naturverträglichen Landwirtschaft mit art- und klimagerechter Tierhaltung sowie eine Abschaffung der Subventionen für Agrarkonzerne.

7. Für den Schutz der biologischen Vielfalt

Wir fordern ein Konjunkturprogramm Naturschutz zur Sicherung der biologischen Vielfalt, um die Lebensräume von Tieren und Pflanzen u.a. in Hochmooren und Auenwäldern zu schützen. Die nationale Biodiversitätsstrategie muss endlich konsequent umgesetzt werden.

8. Für naturnahe Flüsse

Flüsse und Auen gehören zu den artenreichsten und gefährdetsten Naturräumen. Unsere Flüsse brauchen eine Politik, die Flussauen als natürliche Überschwemmungsflächen mit großer Artenvielfalt wieder herstellt, in dem sie die Wasserstraßenverwaltung reformiert.

9. Für den Schutz unserer Wälder

Unsere Wälder werden kommerziell geplündert und sind monotone Forste. Damit unsere Wälder für bedrohte Tiere und Pflanzen einen geschützten Lebensraum bieten können, müssen u.a. 5 Prozent der Waldfläche aus der forstlichen Nutzung genommen werden und ein wirksames Waldgesetz verabschiedet werden.

10. Für internationale Gerechtigkeit

Fast eine Milliarde Menschen hungert. Es mangelt Vielen an sauberem Trinkwasser oder einer medizinischen Grundversorgung. Durch den Klimawandel werden Menschen aus ärmeren Ländern durch besonders hart getroffen. Deutschland muss diesen Ländern beim Klimaschutz und –wandel helfen und u.a. zusätzlich 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes als Entwicklungshilfe bereitstellen.

Weitere Infos und eine ausführliche Beschreibung finden Sie unter <http://bund.net/>

5. Termine:

Jeden Freitag Biotopschutz

Im August: Freitag, 07.08; 14.08, 21.08 und 28.08

Treffen zum Biotopschutz jeweils 13:45 Uhr im BUND-Büro, Schunterstraße 17 oder direkt vor Ort.

Sie können auch gerne später dazustoßen.

Detailinformationen und Anmeldung zur Bildung von Fahrgemeinschaften unter 0531 – 15599 oder 0160 - 920 636 96 oder info@bund-bs.de



Jeden zweiten Mittwoch Kindergruppe

Für alle Kinder zwischen 5-10 Jahre, die gemeinsam mit Spiel, Spaß und Abenteuer die Natur erleben wollen, findet ab sofort wieder die Kindergruppe statt. Wir besuchen z.B. zusammen einen Bauernhof, machen Waldralleys oder basteln bei schlechtem Wetter.

Sie findet mittwochs alle zwei Wochen – außer in den Ferien – statt. Treffen immer im BUND-Büro (Ad-

resse siehe oben)

Im September: 09.09. und 23.09., jeweils 15-17 Uhr

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Eine Anmeldung bitte telefonisch unter: 0531-15599. Die Teilnahme ist kostenlos.

Kuchen, Musik und Traktoren- Großer Andrang beim Empfang des Anti-Atom-Trecks an der Pauli-Kirche

Die Mobilisierungsaktion an der Pauli-Kirche zur großen Anti-Atom Demo am 5.9.09 in Berlin war ein voller Erfolg. Zahlreiche Besucher versammelten sich auf dem Platz vor der Kirche und setzten bei Kaffee, Kuchen und guter Musik ein deutliches Zeichen gegen einen Ausstieg aus dem Ausstieg und damit gegen eine Schwarz-Gelbe Regierung.

An dem Anti-Atom-Treck nahmen Schätzungen zu Folge 200 Demonstranten teil- darunter Treckerfahrer aus dem Wendland, Lüneburg und Umgebung, der Motorradclub „Kuhle Wampe“ und zahlreiche Radfahrer. Die Demonstranten wirkten überwältigt von dem großen Jubel und der Resonanz der Braunschweiger Bürger auf ihre Aktion. Die Anhänger der Traktoren waren aufwändig und kreativ geschmückt und viele der Radfahrer zogen kleine scheppernde Atomfässchen in bester Hochzeits-Manier hinter sich her.



Atomkraft abwählen

Aufruf des BUND-Bundesverbandes.

Machen wir am 27. September den Weg frei für eine zukunftsfähige Klima- und Energiepolitik. Wählen wir die Atomkraft ab.

Ich bin dabei! Ich wähle nur solche Parteien, die gegen längere Laufzeiten von Atomkraftwerken sind.

Internet: <http://www.bund.net/bundnet/>

Sonntag, 20. September 2009

Der BUND und der NABU Helmstedt laden ein zu einem **Felsenfest im Findlingsgarten** von 11- 17 Uhr. Anlass: „30 Jahre Verbandliche Natur- und Umweltschutzarbeit im Landkreis Helmstedt“. Die Feierlichkeiten beginnen mit einem offiziellen Festakt im Rathaus Königslutter. Geboten wird ein vielfältiges Programm rund um die Natur und zu steinzeitlichen Themen.

Freitag 2.- Sonntag 4. Oktober 2009

Naturschutztage an der Elbe

Der BUND und die deutsche Naturschutzakademie laden ein zur Vorstellung aktueller BUND-Projekte, Infos zu Grünen Band, Workshops und vielen tollen Exkursionen (u. a. Paddeltour auf der Löcknitz). Genauere Infos unter www.erlebnisgruenesband.de.

Freitag 2.- Sonntag 4. Oktober 2009

Tage der Grenzerfahrung

Von Neuhaus über Dömitz, Lenzen, Schnakenburg. Kunstprojekte, Veranstaltungen, Ausstellungen und museale Orte, u. a. Brennholz- und Brotbacktag, Radtour „Leben hinterm Grenz-zaun“, Floßfahrt auf der Elbe, Unkrautküche im Schlaraffenland, Jagdrevier des Seeadlers und auf den Spuren des Biebers. Weitere Informationen im Internet [hier](#).

7. Interessante Links:

Energie in Bürgerhand

Bürger können durch die finanzielle Beteiligung am Energieversorger Thürga (eine Tochter des Energiekonzerns E.ON) die Energiepolitik nachhaltig und umweltfreundlich mitbestimmen. Da es sich um ein genossenschaftliches Projekt handelt, gilt hier das Demokratieprinzip: Eine Stimme für jeden, ganz gleich ob er 1 Euro oder 500 Euro leistet. Jeder kann mitmachen.

Ausführliche Informationen erhalten Sie unter dem folgenden Link:

www.unser-braunschweig.de vom 18.07.2009

Sonstiges

1. Ein neu hinzugezogenes BUND-Mitglied bittet um Hilfe

Die Neu-Braunschweigerin Rebecca Egeling ist auf der Suche nach naturnahem Wohnraum in Braunschweig. Sie möchte gerne in einer WG wohnen, jedoch nicht in reinen Studenten-WG`s, da sie berufstätig ist.

Idealerweise sind die potentiellen MitbewohnerInnen künstlerisch und/oder ökologisch interessiert.

Die Wohnung bzw. das Zimmer sollten um die 20 qm groß sein und zwischen 300 € und 400 € Miete kosten.

Auch eine Neugründung einer WG ist möglich.

Bei Interesse oder Informationen melden Sie sich bitte unter:

Rebecca Egeling

0175-4248427

Vielen Dank für Ihre Mithilfe